

12



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XVI/9 - 11. Januar 1961

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831-33
Fernschreiber 0886690

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1	<u>Im Vorfeld der Bundestagswahl</u> Randbemerkungen zu einer Kanzlerrede	28
2	<u>Hoher Geldüberhang in der "DDR"</u> Bezeichnendes Eingeständnis	40
3 - 4	<u>Stalin-Ehrung aufgehoben</u> In Rumänien wird Kronstadt wieder Brasov genannt	66
5	<u>Tatsachen oder Schreckgespenst?</u> In den grossen Betrieben erschienen keine KP-Organе	57
6	<u>Lexikon des Sozialismus</u> Zu einem neuen Buch von Franz Osterroth	43

* * *

Im Vorfeld der Bundestagswahl

Randbemerkungen zu einer Kanzlerrede

sp- Die Aufforderung des sozialdemokratischen Parteivorstandes, den Wahlkampf sachlich und fair zu führen, hat Bundeskanzler Dr. Adenauer mit einer Holzerei beantwortet. Der Appell des Bundespräsidenten Dr. Lübke hat bei ihm anscheinend keine Resonanz gefunden. Bei der SPD wird man das mit Gelassenheit hinnehmen. Die Wahlkampfmethoden des Bundeskanzlers sind genügend bekannt, und wir haben ja noch kürzlich in unserem Geburtstagsartikel von den 85-jährigen gesagt, man könne kaum erwarten, dass er sich noch ändern werde.

Aber bei allem Respekt sei uns doch gestattet, auf einige Merkwürdigkeiten seiner Wahlkampfankündigungen hinzuweisen; diese lassen nämlich erkennen, wie unbehaglich sich die CDU fühlt.

Da hat sich der Parteivorsitzende der CDU und Bundeskanzler jahrelang gegen die Behauptung verwahrt, die von ihm geführte Partei sei "schwarz". Stets hat er verkündet, ihm sei es gelungen, die grosse Union zu schaffen, in der j e ä e Couleur ihre Heimat finden könne. Sagte früher jemand, die CDU/CSU sei "schwarz", dann wurde dies als "böswillige Verleumdung" bezeichnet. Jetzt sagt es der Parteivorsitzende selbst...

Auch die Eile, mit der Dr. Adenauer schon jetzt zum Jahresbeginn seine Angriffslust demonstriert, wirkt irgendwie verdächtig. Früher hat der Kanzler immer gesagt: "Lasst sie mal kommen!" Jetzt führt er sich auf, wie ein Turnierkämpfer, der tagelang vor dem Kampf tönt, wie schrecklich er seinen Gegner zerschmettern werde. - Psychologen behaupten, Methoden solcher Art würden von Kämpfern angewendet, die ihrer eigenen Kraft nicht sicher sind und deshalb vor Beginn des Kampfes den Gegner einschüchtern wollen.

Wir sind nicht medizinisch geschult und möchten es daher den Fachleuten überlassen, welchen Schluss sie aus der Dienstag-Rede des Herrn Bundeskanzlers vor seiner Fraktion ziehen.

Hoher Geldüberhang in der "DDR"

W.R. - Auf einer Sitzung des Politbüros der SED gab der Vorsitzende des FDGB, Warnke, einen Bericht über die Wirtschaftslage der "DDR". Wenn von einigen lobenden Beispielen abgesehen wird, die Warnke zur Aufhellung des Hintergrunde aufführte, musste festgestellt werden, daß die Versorgungslage der SED- und FDGB-Führung schwere Sorgen bereitet. Warnke machte folgendes bezeichnendes Eingeständnis:

"Trotz der Fortschritte der Handelsorgane gab es größere Schwierigkeiten bei der Versorgung der Bevölkerung mit einigen Warenarten. Ein Teil der gegenwärtig bestehenden Spannungen zwischen Warenbereitstellungen und Nachfrage der Bevölkerung beruht darauf, dass die Pläne der Marktproduktion bei Schweinefleisch und Milch beträchtlich untererfüllt wurden, Produktionsrückstände in der Konsumgüterindustrie vorhanden sind und die Kaufkraft der Bevölkerung außerplanmäßig um etwa 1,2 Milliarden DM angewachsen ist..."

Zweierlei ist an dem Eingeständnis der Unterproduktion bemerkenswert: Einmal hat die kollektivisierte Landwirtschaft die Planforderungen bei weitem nicht erfüllt. Jeder Einsichtige wußte dies auch ohne die Aussagen von Warnke. Zweitens muss eingestanden werden, die Konsumgüterindustrie, die in vielen Fällen nur als Nebenzweig der großen Werke behandelt wird, und die auf "Kochtopfproduktion" nicht eingestellt ist, hat die Anforderung ebenfalls bei weitem nicht erfüllt. Die Parole: "Erzeugung der 1 000 kleiner Dinge des täglichen Bedarfs", ist von vielen Fabriken nicht zur Kenntnis genommen worden.

Der Mangel auf den Gebieten der Konsumgüter und der Versorgung mit Lebensmitteln konnte nicht behoben werden. Zum Teil haben sich die Mangelscheinungen sogar gegenüber dem Vorjahr noch verstärkt.

Das grösste Dilemma aber, worunter die Wirtschaft der "DDR" leidet, ist das geringe Wachstum der Produktivität in den Betrieben. Die zentrale Planbehörde hat zwar genau errechnet, wieviel Prozent die Produktivität anwachsen muss, um die Schere zwischen Löhnen und Produktivität zu schließen. Das Wachstum ist hinter den Erwartungen zurückgeblieben.

Es konnte nicht ausbleiben, dass der gegenwärtige Wirtschaftsablauf wieder einen hohen Geldüberhang schaffen musste. In einem Nebensatz gab Warnke zu, der Geldüberhang sei bereits wieder auf 1,2 Milliarden DM angewachsen. Es besteht somit eine verschleierte Inflation, die durch strenge Preisbindungen nicht zur Auswirkung kommen kann. Wenn auch die Preise nicht davongelaufen sind, leidtragender Teil ist in allen Fällen die arbeitende Bevölkerung, die die rapide Industrialisierung durch Verkürzung des Lebensstandards bezahlen muss. + + +

Stalin-Ehrung aufgehoben

rh - Seit etwa drei Monaten verwendet der Bukarester Rundfunk bei Nennung des siebenbürgischen Kronstadt nicht mehr den Namen "Stalin", den Stadt und Bezirk Kronstadt 1952 erhalten hatten, sondern den rumänischen Namen Brasov. Im deutschen Rundfunkprogramm des Bukarester Senders tauchte sogar der Namen Kronstadt auf, zumal die Deutschen in Kronstadt immer noch die massgebende Rolle spielen, über ein eigenes deutsche Theater verfügen und immer wieder von der Herausgabe einer eigenen deutschen Zeitung für Kronstadt die Rede ist. Diese nun erfolgte Aufhebung der Stalin-Ehrung liess die Erwartung zu, dass ihr bald eine gesetzliche Regelung folgen werde. Das ist nun bei der rumänischen Gebiets- und Verwaltungsreform erfolgt, die Ende Dezember von der Grossen Nationalversammlung beschlossen und im Bukarester Rundfunk verkündet wurde.

Stadt und Bezirk Stalin haben genau so wie sechs weitere Bezirke ihre "historischen Namen" wiedererhalten. Aus Bukarester Kommentaren ist ersichtlich, dass sich die neuen Namen "nicht hatten einleben" können und dass in der Öffentlichkeit ständig die "historischen Namen" benutzt worden seien. Von Stalin, dem "grössten Freund des rumänischen Volkes", ist in den Kommentaren nicht weiter die Rede, obwohl gerade die neue Gebietsreform gezeigt hat, dass nicht nur auf diesem Gebiete die Nachwirkungen der stalinistischen Ära weiter andauern und sich bereits stark verankert haben. Denn praktisch hat man bei der Gebietsreform nicht allzuviel geändert und jene Gebietseinteilung bestehen lassen, die nach dem Kriege unter dem damals starken Moskauer Einfluss auch in innenpolitischen Angelegenheiten zustande gekommen war. Selbst die autonome ungarische Region in Siebenbürgen, eines der wichtigsten Produkte der Entwicklung in der ersten Nachkriegszeit, ist durch die neue Reform nicht nur nicht angetastet, sondern sogar erweitert worden. Man hat die Bevölkerung von 759 000 auf 820 000 vermehrt und durch eine Vergrösserung der landwirtschaftlichen Nutzfläche die Wirtschaft der Region ohne Zweifel gefestigt. Der autonome ungarische Bezirk mit der Hauptstadt Klausenburg führt jetzt den neuen Namen "Mures Magyar".

Die bisherigen 16 Regierungsbezirke in Rumänien haben nur geringfügige Grenzveränderungen erfahren. Bukarest mit seinen heute 1 237 000 Einwohnern ist ein selbständiger Verwaltungsbezirk geblieben, wie auch nicht anders zu erwarten war. Den gleichen Vorteil der eigenen Gebietsverwaltung hat man noch einer weiteren wichtigen rumänischen Stadt zuerkannt. Es handelt sich um Rumäniens grösste Hafenstadt Konstanza am Schwarzen Meer, die 99 600 Einwohner zählt und durch die Gebietsreform zur Grossstadt geworden ist. Denn zum selbständigen Verwaltungsbezirk Konstanza wird der Hafen Mangalia zugeschlagen, ferner zwei weitere kleinere Gemeinden und schliesslich auch der etwa 25 km lange Küstenstreifen am Schwarzen Meer, der als "rumänische Riviera" bezeichnet wird. Auf diese Weise wird eine besondere "Hafen- und Seebäder-Region" geschaffen und damit die Bedeutung, die man in Rumänien dem Seeverkehr und dem Seebäderbetrieb beimisst, entsprechend unterstrichen. Konstanza und die "rumänische Riviera" spielen im Ostblock eine wichtige Rolle als Umschlagplatz für den Aussenhandel (vor allem nach dem Fernen Osten) und als sommerliche Seebademöglichkeit.

Einschneidender bei der Gebietsreform ist die Herabsetzung der Zahl der Kreise von 189 auf 146, wobei betont wird, dass es vor allem darum ging, lebensfähigere Verwaltungsgebilde auf der mittleren Ebene zu schaffen. Wie weit dabei die für die Siebenbürger Deutschen und ihre lokale Kulturautonomie wichtigen Kreiseinteilungen geändert wurden, lässt sich derzeit noch nicht übersehen, weil noch keine genauen neuen Kreisgrenzen bekannt geworden sind. Auch über die gleichzeitige Umorganisation der örtlichen Partei- und Volksräte ist nur so viel bekannt geworden, dass sich das Regime von der Verminderung der Verwaltungsbehörden (auf Kreis- und lokaler Ebene) eine jährliche Ersparnis von mehr als 400 Millionen Lei verspricht, was etwa einem Beitrag von 110 Millionen DM gleichkommt.

Tatsachen oder Schreckgespenst?

Das Deutsche Industrie-Institut in Köln - das bekanntlich die Interessen der Unternehmer publizistisch vertritt - macht wieder einmal von sich reden. Diesmal, so scheint es, haben die Herren in Köln sich vorgenommen, dem Bundesbürger das Gruseln beizubringen. Trotz intensiver Überwachung, so behauptet das Deutsche Industrie-Institut, sei es den Kommunisten gelungen, rund 300 illegale Orts- und Betriebsgruppenzeitungen herauszugeben. Hauptinfiltrationszentren der kommunistischen Agitation seien die Eisen- und Stahlindustrie sowie der Bergbau.

Würden diese Meldungen stimmen, so hätten wir allen Grund, beunruhigt zu sein. Wie sieht es jedoch mit der illegalen Agitation der Kommunisten in Wirklichkeit aus?

In den Stahlwerken Bochum wurde seit Oktober 1950 kein einziges kommunistisches Flugblatt und keine einzige kommunistische Betriebszeitung verteilt. Auch in den übrigen grösseren Bochumer Betrieben, so wurde uns berichtet, ist in letzter Zeit kein kommunistisches Agitationsmaterial verbreitet worden.

Der Betriebsrat des Hörder Werkes der "Dortmund-Hörder Hüttenunion" versicherte uns ebenfalls, daß seit länger Zeit keine kommunistischen Betriebszeitungen verteilt worden seien. Nur im Herbst vorigen Jahres seien vereinzelt ostzonale Flugblätter in der Waschkäule gefunden worden.

In der "Westfälenhütte" in Dortmund, vor wenigen Jahren noch eine Hochburg ehemaliger KP-Mitglieder, ist seit über einem Jahr kein kommunistisches Flugblatt verteilt worden. Auch die von den ehemaligen Kommunisten früher herausgegebene hektographierte Betriebszeitung "Westfalenwalze" ist im ganzen Jahre 1950 nicht ein einziges Mal erschienen.

Auch aus Gelsenkirchen, Recklinghausen und Lünen ist uns von gutinformierter und zuverlässiger Seite erklärt worden, daß weder in den grossen Betrieben noch im Bergbau irgendein Anwachsen der kommunistischen Agitation in den letzten Monaten beobachtet werden konnte.

Angesichts dieser Tatsachen erscheint es rätselhaft, wie die Meldung des Deutschen Industrie-Instituts zustande gekommen ist. Immerhin gehören Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen und Recklinghausen zu den Gebieten, in denen die verbotene KP früher beträchtlichen Einfluss besessen hat, besonders in den Betrieben.

Selbstverständlich soll die Tätigkeit der illegalen KPD in keiner Weise unterschätzt und die Wachsamkeit gegenüber den Infiltrationsversuchen kommunistischer Agitatoren nicht eingeschläfert werden. Doch: Was bezwecken solche Meldungen? Will das Industrie-Institut vor den Gemeindevahlen in Nordrhein-Westfalen und vor den Bundestagswahlen im Herbst dieses Jahres den Bundesbürger mit einem angeblichen Anwachsen der kommunistischen Gefahr "bange machen und ihn ängstigen?"

Soll das Schreckgespenst des roten Bolschewisten, der das Messer zwischen den Zähnen hält, wieder - wie 1957 - auf den Wahlplakaten erscheinen und den Bundesbürger so hypnotisieren, dass er sachlichen und vernünftigen Argumenten nicht mehr zugänglich ist?

Oder will das Deutsche Industrie-Institut mit derart aufgebauschtten Meldungen über die kommunistische Gefahr nur Bundesinnenminister Schröder für die bevorstehenden Beratungen des Notstandsgesetzes im Bundestag den Rücken stärken?

Schon hat eine regierungsfreundliche Zeitung die Meldung des Industrie-Instituts zum Anlass genommen, um eine engere Zusammenarbeit "zwischen Werkschutz und staatlichen Sicherheitsstellen" zu verlangen. Die westdeutschen Arbeiter und Angestellten und ihre Gewerkschaften haben in den vergangenen 15 Jahren wiederholt und überzeugend den Beweis erbracht, daß sie keine Staatspolizei in den Betrieben brauchen, um die kommunistische Gefahr zu bannen. + + +

Entnommen der "Westfälische Rundschau" - Dortmund

Lexikon des Sozialismus

Zu einem neuen Buch von Franz Osterroth *)

Bdt - Wie reich ist doch die Geschichte des deutschen Sozialismus an Persönlichkeiten! Über ein Jahrhundert ist die sozialistische Bewegung Deutschlands alt. Generationen von Männern und Frauen waren ihre Träger und dienten ihren Ideen.

"Der Mensch ist Ursprung, Wesen und Aufgabe der sozialistischen Bewegung überall in der Welt. Seine Not und seine Verzweiflung, seine Rechtlosigkeit und seine Entwürdigung standen im 19. Jahrhundert am Anfang der politischen Arbeit der Sozialisten; seine Persönlichkeit, seine Freiheit, sein Recht und sein Würde, seine Position in der Gesellschaft und in der staatlichen Ordnung sind im 20. Jahrhundert die Kernpunkte der im Programm der Sozialdemokratie zusammengefaßten Forderungen für die nächsten politischen Arbeiten."

So heißt es in dem Geleitwort von Erich Ollenhauer zu dem soeben in Hannover *) erschienenen Buch von Franz Osterroth, das eine seit langem offene Lücke in mustergültiger Weise ausfüllt. Das Buch stellt sich bescheiden als ein Nachschlagewerk vor, ist aber zugleich ein Stück Zeitgeschichte, das niemand ohne Bewegung lesen wird. Es enthält die Lebensabrisse von rund 500 Persönlichkeiten der sozialistischen Bewegung oder biographische Angaben über solche Persönlichkeiten, zum Teil versehen mit Zeichnungen oder Fotografien. - Menschen, die im geistigen Leben des Sozialismus, in den sozialdemokratischen Parteien, den freien Gewerkschaften, den Genossenschaften, im Arbeitersport, in der sozialistischen Arbeiterjugend und in den verschiedensten Zweigen der sozialistischen Kulturbewegung hervortraten - , Männer und Frauen, die als Theoretiker, Politiker, Parlamentarier, Organisatoren, Erzieher, Dichter, Schriftsteller, Kulturschaffende durch Leistung, Vorbild und Lebensschicksal in der Geschichte der sozialistischen Bewegung Deutschlands Bedeutung erlangten.

Diese Männer und Frauen lebten in verschiedenen Epochen der über einhundertjährigen Geschichte des Sozialismus; in der agitatorischen Frühzeit, in der Epoche des Aufstiegs zu sozialistischen Massenparteien, in den 14 Jahren der Mitgestaltung an der Weimarer Republik, in der Unterdrückung durch das "Dritte Reich", in der Zeit des demokratischen Wiederaufbaus nach 1945 in Westdeutschland und in der sowjetisch besetzten Zone. Der zeitliche Bogen reicht also von Ludwig Gall, Georg Büchner, Wilhelm Weitling, Karl Marx und Stefan Born bis Kurt Schumacher, Ernst Reuter, Louise Schröder, Hermann Kädemann und Hermann Brill.

Man muß Franz Osterroth, der schon vor Jahren eine "Chronik der sozialistischen Bewegung" herausbrachte, sehr dankbar sein, daß er hier ein Werk geschaffen hat, das in Kürze in keinem politischen Bücherschrank mehr fehlen wird.

+ + +

*) Franz Osterroth "Biographisches Lexikon des Sozialismus"; Verlag nach J.H.W. Dietz Nachf. GmbH, Hannover; 368 Seiten; DM 29,80

+ + +

Verantwortlich: Günter Markscheffel